

# KARAWANE

Für die Rechte der  
Flüchtlinge und  
MigrantInnen



## **Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen**

Sektion Nord / Koordinationskreis Hamburg  
c/o Brigittenstraße 5  
20359 Hamburg

Tel: 0049-(0)40-43 18 90 37

Fax: 0049-(0)40-43 18 90 38

Mail: [free2move@nadir.org](mailto:free2move@nadir.org) - <http://www.thecaravan.org>

## Pressemitteilung

### **Engin Celik wird direkt nach der Haftentlassung mit Abschiebung gedroht! Das Bundesamt hat negativ entschieden!**

#### **Die UnterstützerInnen fordern Abschiebeschutz und Asylanerkennung!**

Am 14.02.2007, einen Tag nach seiner Entlassung aus der Abschiebehäft, hat das Bundesamt Nürnberg den Asylantrag von Engin Celik negativ entschieden. Wie bereits im ersten Asylverfahren werden die Asylgründe Herrn Celiks damit missachtet.

Nachdem es zuerst so aussah, als ob die Außenstelle des Bundesamtes in Lübeck den Antrag positiv entscheiden werde, wendete sich das Blatt, als das Bundesamt Nürnberg den „Fall“ übernahm. Nach wochenlangem Schweigen, während sich Herr Celik im Gefängnis im Hungerstreik befand, wurde sein Asylantrag zwar angenommen aber sofort als angeblich unbegründet abgelehnt.

Nach seiner Haftentlassung hat sich Herr Celik in Hamburg in ärztliche Betreuung begeben. Die extreme psychische Belastung und der Hungerstreik haben seine Gesundheit stark angegriffen. Trotz ärztlichen Attests kam Engin Celik der Aufforderung nach, sich bei seiner zuständigen Ausländerbehörde in Schleswig (in Schleswig-Holstein) zu melden. Er erhielt dort eine „Grenzübertrittsbescheinigung“, die bis zum 12. März 2007 ausgestellt wurde und mit der er aufgefordert wird, bis zu diesem Zeitpunkt Deutschland zu verlassen.

Sein Antrag, bei seiner Freundin in Hamburg die nächste Zeit verbringen zu dürfen, wurde von der Sachbearbeiterin der Behörde abgelehnt. Diese sagte ihm, dass er sich im Heim in Schleswig aufhalten solle, da man gleich nach der Entscheidung des Bundesamtes die Abschiebung für ihn organisieren werde.

Die „Grenzübertrittsbescheinigung“ müsste Herrn Celik normalerweise von der „Residenzpflicht“ (dem erzwungenen Aufenthalt in einem bestimmten Landkreis) entbinden und zumindest bis zum 12. März vor einer Abschiebung schützen. Die Ausländerbehörde machte allerdings deutlich, dass sie sich nicht bindend daran halten werde und Herrn Celik jederzeit erneut inhaftieren lassen könne, um für eine schnelle Abschiebung zu sorgen.

Wir fordern den Innenminister Schleswig-Holsteins Ralf Stegner auf, die Ausländerbehörde Schleswig zurecht zuweisen und die weiteren Angriffe auf Herrn Celik zu unterbinden. Wir fordern die Beendigung der behördlichen Bedrohungen und Verfolgung sowie die Asylanerkennung des kurdischen Künstlers. Herr Celik braucht nach fünf Wochen Haft und vier Wochen Hungerstreik ärztliche Betreuung, das Zusammensein mit seiner Freundin, den engen Kontakt mit seinem Hamburger Anwalt und den Austausch mit den kulturellen und politischen Gruppen in Hamburg, in denen er aktiv ist.

Die Ablehnung des Asyls und die Abschiebebestrebungen gegen Herrn Celik stellen neben der Verletzung der Internationalen Abkommen zum Flüchtlingsschutz und der Allgemeinen Menschenrechtserklärung einen eklatanten Angriff auf die Meinungs- und Kunstfreiheit dar. Es ist hinlänglich bekannt, dass KritikerInnen (insbesondere JournalistInnen und KünstlerInnen) des türkischen Staates und seiner aggressiven Ideologie des „Türkentums“ mit Mord, Inhaftierung, Folter und Verfolgung konfrontiert werden. Die kulturelle und politische Arbeit, die Gedichte und Lieder gegen die staatliche Unterdrückung und seine öffentlichen Auftritte sowie die international bekannt gewordenen Kampagne für seine Freilassung haben die Wut des türkischen Staates und der nationalistisch-faschistischen Kräfte in der Türkei noch weiter angeheizt. Würden Menschen wie Herr Celik dem direkten Angriff der chauvinistischen Kräfte entgehen, so müssten sie sich in der Türkei jedoch verstecken und ihre schöpferische Arbeit weitgehend einstellen. Somit ist die angestrebte Abschiebung auch eine Unterstützung der Unterdrückung von Meinungs- und Kunstfreiheit in der Türkei.

Die Kritik der europäischen Regierungen an der Menschenrechtssituation in der Türkei ist unglaublich und entlarvt sich als taktisches Machtspiel in der Auseinandersetzung um die EU-Beitrittsdiskussion. Betroffenheit von Regierungsstellen über die Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink erweisen sich ebenfalls als Heuchelei, wenn man nicht willens ist, im Exil lebende KritikerInnen des türkischen Staates zu schützen.

Herr Celik selbst hat deutlich gemacht, dass er trotz seiner Gefährdung durch die deutschen Behörden, seine Öffentlichkeitsarbeit für eine fortschrittliche und demokratische Entwicklung in der Türkei intensiv fortsetzen wird. Bereits zwei Tage nach seiner Entlassung aus der Haft spielte er mit seiner Gruppe „Daglara Ezgi“ im Internationalen Zentrum B5 in Hamburg Lieder des Widerstands gegen die Verbrechen des türkischen Staates. Mit einem selbst verfassten Lied in Erinnerung an Hrant Dink rief er zur Solidarität zwischen den Völkern und zum gemeinsamen Kampf gegen Ungerechtigkeit und staatliche Verbrechen auf.

Am Freitag (23.02.07 ab 15<sup>00</sup> h) wird es erneut eine Kundgebung zur Verteidigung des Rechts auf Asyl von Herrn Celik und aller politisch Verfolgten vor dem Hamburger Hauptbahnhof geben. Am Samstag (24.02.07 ab 18<sup>00</sup> h) tritt er mit seiner Musikgruppe im Bürgerhaus in Hamburg-Wilhelmsburg im Rahmen einer Konzertveranstaltung mit Metin und Kemal Kahraman auf.

Wir wenden uns an alle bisherigen UnterstützerInnen der Kampagne für die Asylanerkennung für Engin Celik, die Kampagne zu intensivieren und noch mehr Menschen zu mobilisieren. Die Freilassung des kurdischen Künstlers konnte durch das Engagement vieler Menschen erreicht werden. Die Behörden möchten diese positive Entwicklung wieder zurückdrängen. Dies dürfen wir nicht zulassen.

Engin Celik muss sein Asylrecht zugestanden werden, um sein Leben zu sichern und ihm die Möglichkeit der Fortführung seiner kulturellen und gesellschaftlich emanzipatorischen Arbeit zu garantieren.

Wir rufen alle vor dem Hintergrund der neuen Entwicklungen auf, diese Forderung an das Innenministerium in Kiel und das Bundesamt in Lübeck zu richten.

Hamburg, 19.02.07

Karawane Hamburg  
i. A. : Ralf Lourenco (0174-150 84 57)